

Die ersten Misstöne bei Schwarz-Rot

VON JANA WOLF

Bei Union und SPD wird dieser Tage gerne betont, wie wichtig gegenseitiges Vertrauen und Verlässlichkeit für die neue Regierungskoalition seien. Die leidige Erfahrung in der Ampelkoalition mit ihren ständigen Streitereien steckt noch tief in den Knochen. Die neuen Duz-Freunde „Friedrich“ und „Lars“ wollen es besser machen. Lässt man die Effekthascherei der Frontmänner von CDU und SPD, Friedrich Merz und Lars Klingbeil, einmal beiseite, steckt dahinter durchaus ein wahrer Kern: Das Land braucht jetzt eine Koalition, die miteinander und nicht gegeneinander regiert. Das ist entscheidend, um nicht noch mehr Vertrauen in die Politik zu verspielen.

Doch schon jetzt bröckelt das bemüht erzeugte Bild einer Einigkeit. So widersprach Merz den Äußerungen Klingbeils, wonach der Mindestlohn im kommenden Jahr auf 15 Euro steigen werde – das habe man „so nicht verabredet“. Auch die geplante Senkung der Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen ist nach Merz' Worten „nicht fix“. Dabei ist die anvisierte Steuersenkung beileibe nicht das einzige schwarz-rote Vorhaben, das noch unter Finanzierungsvorbehalt steht. Neue Konflikte darüber, wofür Geld da ist und wofür nicht, sind also programmiert.

Schaut man sich um, was in der Welt passiert, wäre es eine Illusion zu denken, dass Union und SPD ihre Meinungsverschiedenheiten künftig in aller Ruhe klären können. Die neue Regierung wird vom ersten Tag an unter enormem Druck stehen. Dass es schon vor Regierungsantritt offen ausgetragenen Dissens gibt, lässt daher nichts Gutes vermuten. Die Öffentlichkeit wird schon hellhörig. Man kann nur hoffen, dass die neue Freundschaft von „Friedrich“ und „Lars“ eine solidere Grundlage für die kommenden Jahre bildet als der harmonische Ampel-Start mit heiteren Selfies. Das Ende ist bekannt.

In Gaza ist jetzt Europa gefragt

VON MEY DUDIN

Es gibt laut humanitärem Völkerrecht bei jedem Krieg die Pflicht, sich auf militärisch notwendige Ziele zu konzentrieren. Nach dem Grundsatz der Menschlichkeit ist es dabei zwingend, unnötiges Leid zu vermeiden. So schwierig das auch ist. Die Kriegsführung darf also nicht dazu führen, dass Menschen derart leiden, dass es im deutlichen Missverhältnis zu dem erwarteten militärischen Vorteil steht.

Die Bilder aus Gaza, mehr als 550 Tage nach Beginn des Krieges, zeigen ein schier unermessliches Leid der Menschen in dem palästinensischen Streifen am Mittelmeer. Zugleich hatte man gerade in den vergangenen Wochen und Monaten nicht den Eindruck, dass Israel dem Kriegsziel einer Zerschlagung der Hamas näherkommt. Das sollte Anlass sein für verstärkte Bemühungen für einen Waffenstillstand.

Zunächst aber zurück zu den Kriegszielen: Ein wichtiges ist auch die Befreiung der Geiseln, die am 7. Oktober 2023 bei dem Terrorangriff der Hamas auf Israel in den Gazastreifen verschleppt wurden. Doch spricht vieles dafür, dass hierbei Diplomatie erfolgreicher wäre: Denn die überwiegende Mehrheit der Geiseln ist bislang nicht durch das Militär, sondern durch Verhandlungen zwischen den Parteien auf freien Fuß gekommen.

Der Tod der Drahtzieher des Hamas-Massakers war wiederum ein Kriegsziel, das Israel schon vor Monaten erreicht hat. Die entscheidende Frage ist: Wenn sich eine Ideologie militärisch nicht ausmerzen lässt und von der Hamas keine Rücksicht auf Zivilisten zu erwarten ist, rechtfertigt das weitere Militäroperationen, die zu Tod, Zerstörung und Vertreibung führen? Die Antwort der internationalen Gemeinschaft sollte Nein lauten, die Europäer müssen sich deutlicher in die Bemühungen um einen Waffenstillstand einbringen – insbesondere, wenn die USA als Vermittler ausfallen.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Die neue Regierung aus CDU, CSU und SPD setzt auf Raumfahrt. Ein deutscher Astronaut soll auf dem Erdtrabant landen. Die Weltraumindustrie soll gestärkt werden. In der Branche herrscht Aufbruchstimmung.

Booster für deutsche Mondmission

VON LUDWIG JOVANOVIĆ

Raumfahrt wird ein großes Gewicht haben in der Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD. Mit dem neuen Ministerium für Forschung, Technologie – und Raumfahrt. Damit wird der Griff nach den Sternen zur Chefsache eines Ministers oder einer Ministerin. Bislang gab es nur einen Koordinator für Luft- und Raumfahrt.

Die Koalition will auch „die Europäische Weltraumorganisation (Esa) stärken und den deutschen Beitrag zur Esa-Ministerratskonferenz, die Ende 2025 in Bremen stattfindet, erhöhen“. Es ist die Sitzung, in der die 23 Mitgliedsländer der Esa das Budget für die nächsten drei Jahre beschließen. Deutschland ist mit 3,3 bis 3,5 Milliarden Euro zwar schon der größte Geldgeber. Aber man will die Raumfahrt weiter vorantreiben. Das ist angesichts eines ungewissen Verhältnisses zu den USA unter Präsident Donald Trump dringend notwendig. Zumal das Unternehmen SpaceX des Trump-Freunds Elon Musk die kommerzielle Raumfahrt dominiert.

Deutschland strebt sogar an, dass eine deutsche Astronautin oder ein deutscher Astronaut zum Mond fliegt. Das kann nur im Rahmen des Artemis-Mondprogramms der USA passieren. Aber bereits der Trump-Vorgänger Joe Biden hatte erklärt, dass ein Japaner als erster Nicht-Amerikaner mit den USA auf dem Mond landen wird. Es wird also noch dauern, bis ein Europäer so weit kommen wird. Aber der Koalitionsvertrag formuliert einen Anspruch: Der erste Esa-Astronaut auf dem Mond könnte ein Deutscher sein. Man kann vermuten, dass der bayerische Ministerpräsident Markus Söder einen großen Einfluss auf diesen Absatz hatte.

Der hatte bereits im Jahr 2018 die Raumfahrtstrategie „Bavaria One“ formuliert und damit der Raumfahrt einen Schub gegeben. Das französisch-deutsche Start-up „The Exploration Company“ (Das Erkundungsunternehmen) hat seinen Deutschland-Sitz in Planegg bei München. Im Juni wird der erste Test des Raumtransporters „Nyx“ stattfinden. Das Mondkontrollzentrum der Esa wird in Bayern etabliert. Und auch Europas größte Fakultät für Luft- und Raumfahrt soll im Freistaat entstehen. Zudem gibt es drei deutsche Start-ups, die an Raketen arbeiten: „Rocket Factory“ (Raketenfabrik) und „Isar Aerospace“ haben ihren Sitz in Bayern. „Hylmpulse“ kommt zwar aus Baden-Württemberg, man unterhält aber eine Dependence in Otterbrunn. Für die jungen Raumfahrtunternehmen sind aber andere Punkte im Koalitionsvertrag wichtig. „Wir wollen, dass kleine und mittlere Unternehmen sowie Start-ups besser am Markt für Raumfahrtlösungen teilnehmen können, und streben an, dass der Staat stärker als Kunde auftritt.“ Wenn Start-ups einen zuverlässigen Ankerkunden wie den Staat haben, fließt auch das Geld von anderen Anlegern.

Erst Ende März ist „Isar Aerospace“ mit der ersten deutschen Rakete „Spectrum“ abgehoben. Die stürzte zwar nach einigen Sekunden ab. Dennoch war es der erste Schritt zu einem Startsystem. Noch 2021 hatte das Start-up über einen Wettbewerb nur elf Millionen Euro erhalten. Mittlerweile hat „Isar Aerospace“ von Investoren rund 400 Millionen Euro gesammelt. Damals war der Düsseldorfer CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Jarzombek der Raumfahrtkoordinator der Bundesregierung. Er erinnert sich, dass einige die überschaubare Förderung für sinnlos gehalten haben: „Jetzt sieht man, was daraus geworden ist. Es ist ein Erfolg.“ Jarzombek begrüßt das Ergebnis der Koalition. Denn in den vergangenen Jahren „ist viel von dem Momentum

verloren gegangen“. Es sei zu wenig passiert. Zumal Raumfahrt nicht nur eine wichtige Technologie und ein Innovationsmotor sei, „sondern es entstehen viele Dinge, die in Alltagsprodukte einfließen“. Und „in einer zunehmend unfreundlichen Welt ist es eine wichtige Fähigkeit, die Kommunikationsmöglichkeiten aufrechtzuerhalten“. Dazu zählen auch Satelliten.

Tatsächlich ist Raumfahrt seit dem Krieg in der Ukraine Teil der Verteidigungsstrategien geworden. Allerdings ist die Ukraine abhängig vom US-Kommunikationsnetzwerk „Starlink“ der US-Firma SpaceX von Musk und damit vom Wohlwollen Washingtons.

Zwar will die EU unter dem Namen „Iris2“ ein eigenes Satelliten-Netzwerk aufbauen. Aber es wird stark von der Verfügbarkeit europäischer Startmöglichkeiten abhängen, die es derzeit nur über die Raketen „Ariane 6“ und „Vega-C“ gibt. Die sind jedoch für die kommenden Jahre ausgebucht. Das ist die Chance für die deutsche Raumfahrt.

Der Chef und Mitbegründer von Hylmpulse, Christian Schmierer, drückt es so aus: „Wir hoffen vor allem auf schlanke und schnelle Vergabeprozesse für Satellitenstarts deutscher Institutionen.“ Zudem sieht man in einem Ministerium für Raumfahrt und in der Stärkung der Esa positive Entwicklungen, die Deutschlands Position in der globalen Raumfahrtindustrie wieder stärken würden. „Wir sind bereit, unseren Beitrag zur Weiterentwicklung der deutschen Raumfahrt zu leisten.“

Jörn Spurrmann, Mitbegründer von Rocket Factory, sagt: „Die Schaffung eines für Raumfahrt zuständigen Ministeriums ist ein entscheidender Schritt für Deutschland. Es unterstreicht die wachsende Bedeutung der Raumfahrtindustrie und stärkt unsere Position im internationalen Wettbewerb.“ Sein Unternehmen Rocket Factory sieht darin eine gute Chance, „die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Raumfahrtsektors weiter auszubauen“.

„Wir hoffen auf schlanke Vergabeprozesse für Satellitenstarts“
Christian Schmierer
Mitgründer von Hylmpulse

INFO

Weltraum-Start-ups aus Deutschland

Atmos Space Cargo Das Unternehmen mit Sitz in Lichtenau wurde 2021 gegründet und entwickelt ein wiederverwendbares Transportsystem.

Hylmpulse Die Firma mit Sitz in Neuenstadt am Kocher wurde 2018 gegründet. Man arbeitet an Raketen, die Paraffin als Treibstoff nutzen.

Isar Aerospace mit Sitz in Otterbrunn, demnächst in Vaterstetten bei München, wurde 2018 gegründet. Man setzt für die eigenen Raketen auf flüssiges Propan als Treibstoff.

LiveEO Das Unternehmen aus Berlin wurde 2018 gegründet. Es nutzt Satellitenbilder zur Infrastruktur-Überwachung von Schienennetzen oder Wäldern.

Rocket Factory Das Unternehmen aus Augsburg wurde 2018 gegründet. Das Ziel ist es, kostengünstige Raketen zu bauen.

The Exploration Company Das französisch-deutsche Start-up mit Deutschland-Sitz in Planegg, Bayern, wurde 2021 gegründet. Das Unternehmen entwickelt die eigene Raumkapsel „Nyx“.



Mondlandetraining der Esa beim DLR in Köln. FOTO: IMAGO

WISSENSDRANG

Im März 2025 kündigte die Trump-Regierung an, der Columbia University in New York Bundesmittel in Höhe von rund 400 Millionen US-Dollar zu streichen. Sie strebt an, die Columbia University unter direkte staatliche Aufsicht zu stellen.

Auch andere Universitäten stehen unter starkem Druck. Der angebliche Grund: Die Universitäten hätten jüdische Studierende nicht ausreichend vor Belästigungen und Bedrohungen bei propalästinensischen Demonstrationen geschützt. Das ist unbestreitbar. Doch die Kritik an antisemitischen Vorfällen dient nur als Vorwand. Als 2017 in Charlottesville, Virginia, eine Parade mit Hakenkreuz- und Konföderiertenflaggen stattfand, bei der Naziparolen wie „Blut und Boden“ und „Juden werden uns nicht

„Professoren sind Feinde“

Trump dreht den US-Unis den Geldhahn zu und will sie beaufsichtigen.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

ersetzen“ skandiert wurden, meinte Trump, es gebe „auf beiden Seiten gute Menschen“. Trump stört sich an Antisemitismus nur, wenn er von „Feinden“ ausgeht. Ein besonderer Feind ist die unabhängige Wissenschaft. Vizepräsident Vance spricht es offen aus: „Professoren sind die Feinde. Universitäten sind feindliche Institutionen.“

Am erschreckendsten ist die geringe öffentliche Empörung über diese Bedrohung der Wissenschaften. Früher hätten sich auch Republikaner gegen solche Angriffe auf die Universitäten gewehrt. Heute aber werden die Universitäten von vielen Amerikanern nicht mehr als neutrale Forschungseinrichtungen wahrgenommen, sondern als Machtzentren einer linken woken Zivilreligion.

Die Beschädigung der weltweit führenden US-Wissenschaft wird offenbar als Kollateralschaden für die Entmachtung der verhassten Linken in Kauf genommen. Aber auch innerhalb der Universitäten scheinen die Widerstandskräfte gelähmt. Ist das die Folge einer intellektuellen Entleerung durch eine allzu vereinfachte Foucault-Lektüre? Wer sich nicht der Wahrheit verpflichtet fühlt, sondern alles für ein Machtspiel hält, kann vielleicht auch nicht den für Widerstand notwendigen Zorn gegen Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit entwickeln.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.